



Auskunft erteilt:	Herr Haab	Amt/EB:	36-Umweltamt
Tel.:	0261 129 1530	e-mail:	Michael.Haass@stadt.koblenz.de
Koblenz,	22.11.2017		

Niederschrift

über die Sitzung des Umweltausschusses vom 16.11.2017

Anwesend sind:

Vorsitzende/r des Gremiums Herr Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig, Oberbürgermeister	Ratsfraktion BIZ Frau Gabriele Hofmann,
Vorsitzende/r Ratsfraktion CDU Frau Anna-Maria Schumann-Dreyer,	Ratsfraktion FBG Herr Werner Rosenbaum,
Ratsfraktion CDU Herr Manfred Diehl, Herr Herbert Dott, Herr Hans Finkener, Herr Prof. Dr. Wolfgang Fröhling,	Verwaltung Frau Monika Effenberger, Frau Vera Dott, Frau Petra Meunier Frau Katrin Freiberg, Herr Michael Funk, Herr Harald Klein,
Stv. Ratsfraktion CDU Frau Monika Artz, Herr Rudolf Kalenberg,	Schriftführer/in Herr Michael Haab,
Ratsfraktion SPD Herr Gerhard Lehmkuhler, Herr Markus Schmitz,	
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Dr. Thomas Bernhard, Frau Dr. Catharina Weichert,	

Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Beginn der öffentlichen Sitzung:	16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung:	18.00 Uhr

Mit E-Mail vom 3.10.2017 bittet Herr Dr. Bernhard die Niederschrift über die Sitzung vom 22.9.2017 in zwei Punkten zu ergänzen bzw. zu berichtigen. Die Abstimmung erfolgt vor Eintritt in die Tagesordnung. Der Vorsitzende des Umweltausschusses, Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig, lässt über den Antrag wie folgt abstimmen:

- Änderung zu TOP 1 „Wärmemarktanalyse der evm AG“. Der im Ergebnisprotokoll verwendete Wert von 60 % soll durch 50 % ersetzt werden. Der Satz lautet dann wie folgt: „Durch energetische Sanierungen sowie Modernisierungen in einem Volumen von 2 Mrd. Euro bis 2030 bzw. 5,3 Mrd. Euro bis 2050 können bis 2050 nahezu **50 %** an CO2-Belastungen eingespart werden. (Begründung: In der Präsentation ist von 54% die Rede, diese Zahl wird mathematisch abgerundet.) Diesem Vorschlag schließt sich der Umweltausschuss einstimmig an. Das Ergebnisprotokoll über die Sitzung vom 22.9.2017 wird hiermit entsprechend geändert.
- Zum TOP 4 Bewirtschaftung von Kompensationsflächen nach dem Naturschutzrecht beantragt Dr. Bernhard folgende Ergänzung einzufügen: "Dr. Bernhard weist darauf hin, dass bei Neuversiegelung nur eine Entsiegelung an anderer Stelle eine adäquate Ausgleichsmaßnahme darstellt. Die Natur und Umwelt verträgt keine weiteren und unbegrenzten Versiegelungen. Die Industrie ist Ursache der Umweltprobleme und auch eine florierende Industrie vergrößert diese Probleme statt sie zu lösen." Dieser Antrag wurde vom Umweltausschuss mit 3 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Öffentliche Sitzung:

Punkt 1: Eisspeichertechnik zur Wärme- bzw. Kälte-Gewinnung
Vorlage: UV/0359/2017

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Präsentation zur Eisspeicheranlage zur Kenntnis.

Protokoll:

Herr Lothar Böttcher stellt als Vertreter der Hauseigentümerin die technischen Details der Eisspeicheranlage vor. Hierbei nimmt er auch Bezug auf den Verlauf der Gebäudeerstellung. Das Gebäude wurde aufgrund seiner fortschrittlichen Heiztechnik und der damit verbundenen vorbildlichen Energie- und CO2-Bilanz von der europäischen Kommission als GreenBuilding ausgezeichnet.

Von der Stadt Koblenz erhielt die Gebäudeeigentümerin den Klimaschutzpreis.

Die Anlage sorgt für ein angenehmes Raumklima und befördert so das Wohlbefinden der Unternehmensmitarbeiter. Die Anlage heizt, belüftet, befeuchtet und kühlt, so dass rund ums Jahr ein angenehmes Raumklima herrscht.

Punkt 2: Öko-soziale Beschaffung der Stadt Koblenz
Vorlage: UV/0357/2017/1

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis und erklärt sich mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise einverstanden.

Protokoll:

Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verweist auf die als Tischvorlage ausgeteilten geänderten Unterlagen. Er führt hierzu aus, dass es noch Abstimmungsbedarf in der Verwaltung gegeben habe. Ziel war es, den Arbeitsaufwand für die Umsetzung öko-sozialer Vergabekriterien möglichst gering zu halten. Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden, dass dem Stadtrat die vorgeschlagene Beschlussvorlage unterbreitet werden soll. Auf Antrag von Herrn Ratsmitglied Diehl soll das Thema einmal im Jahr im Umweltausschuss angesprochen werden. Dort können dann auch sachverständige Personen eingeladen werden.

Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig schlägt folgende Verfahrensweise vor:

1. Der Umweltausschuss wird einmal im Jahr über die aktuellen Entwicklungen informiert. Hierzu wird auch Herr Trautmann vom BUND eingeladen.
2. Die in der vorgesehenen Beschlussvorlage angesprochene Arbeitsgruppe aus Vertretern des Umweltamtes, des Rechnungsprüfungsamtes und der zentralen Vergabestelle besteht aus 3 Mitgliedern. Bei Bedarf können externe Sachverständige hinzugezogen werden.

Punkt 3: Luftreinhaltung: Dieseltreffen der Bundesregierung - Stand der Luftreinhaltung Vorlage: UV/0360/2017**Der Ausschuss hat die Angelegenheit**

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis

Protokoll:

Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig berichtet, dass das Bundeskanzleramt beabsichtigt, für den 28.11.2017 in der Zeit von 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr zu einem weiteren „Dieseltreffen“ einzuladen. Die Vorbereitungen mit dem Deutschen Städtetag beginnt um 9.00 Uhr. Nach Ansicht des Herrn Oberbürgermeister ist das Thema „Saubere Mobilität“ für Koblenz von großer Bedeutung, da hiermit erhebliche Fördermittel verbunden sind. Eventuell erfolgen im Rahmen dieses weiteren sog. „Dieseltreffens“ bereits konkrete Förderzusagen. Es geht hierbei für Rheinland-Pfalz um ein Fördervolumen von 50 Mio. Euro, so dass für die Stadt Koblenz als eine von drei von der Überschreitung der NO₂ Grenzwerte betroffenen Städte ein Zuwendungsbetrag von ca. 17 Mio. Euro im Raume steht. Diese Mittel können dann dazu verwendet werden, wichtige infrastrukturelle Maßnahmen zu realisieren. Hinzu kommen noch die zugesagten Landesmittel in Höhe von 1 Mio. Euro, die für die Modernisierung der Filteranlagen in den Bussen der evm Verkehrs GmbH verwendet werden sollen. Die Ministerpräsidentin, Frau Dreyer, hat die Mittel zugesagt. Die Leiterin des Umweltamtes, Frau Effenberger, berichtet, dass derzeit auch der Förderantrag für die Erstellung eines Masterplanes „Saubere Mobilität“ (green-City-Plan) erarbeitet wird. Dieser Masterplan soll bis zum Juli 2018 erstellt sein. Zu klären ist in diesem Zusammenhang noch, ob auch private Unternehmen gefördert werden können und ob eigene Personalaufwendungen, die sich auf das Förderprojekt beziehen, auch förderfähig sind. Der Herr Oberbürgermeister weist darauf hin, dass mit den bundes- und landesspezifischen Förderaktivitäten Fahrverbote ausdrücklich verhindert werden sollen, so

dass Dieselbesitzer nicht noch zusätzlich belastet werden. Schließlich sind diese bereits bei Erwerb ihres Fahrzeuges durch die Automobilhersteller mit unwahren Aussagen konfrontiert worden. Durch die Fördermittel besteht für die Stadt Koblenz die große Chance, die Infrastruktur in Richtung Elektromobilität, Radverkehr und ÖPNV zu intensivieren.

Ratsmitglied Diehl regt an, dass auch die Personenfähren gefördert werden sollten, auch um das touristische Angebot der Stadt zu ergänzen.

Zum Thema Emissionsfreie Busflotte soll auch an die Wasserstoff betriebenen Busse gedacht werden. Es soll auch im Förderantrag für den Masterplan „Saubere Mobilität“ Berücksichtigung finden. Dies muss nach Aussage von Frau Effenberger mit der evm Verkehrs GmbH und den Fachdienststellen abgestimmt werden.

Zum Verfahrensstand Landstromanschlüsse wird gebeten, diesen als Anmerkung in das Ergebnisprotokoll aufzunehmen.

Protokollanmerkung:

Die Koblenz-Touristik hat den Vorschlag der Kapazitätserweiterung zur Aufnahme in den Masterplan Bundesförderung eingebracht. Im Rahmen der Masterplanerstellung sollen die notwendigen Voraussetzungen für die Realisierung der Maßnahme näher untersucht werden.

Ausschussmitglied Dr. Bernhard hält die Intensivierung des Radverkehrs in Koblenz für ein sehr wichtiges Thema, um dem Ziel einer emissionsreduzierten Mobilität näher zu kommen.

Ausschussmitglied Dr. Fröhling regt an, auch die Wasserstofftechnologie in die Überlegungen einzubeziehen, da die Batterietechnologie in ihren Speichermöglichkeiten relativ beschränkt ist. Auch dies soll in den Förderantrag für den Masterplan mit aufgenommen werden.

Ausschussmitglied Dr. Weichert hält die Förderung in neue effiziente Antriebstechniken für notwendig. Alte Techniken sollten demgegenüber nicht mehr gefördert werden.

Ratsmitglied Frau Schumann-Dreyer bringt ihr Missfallen über die beherrschende und vorwurfsvolle Stimmung im Umweltausschuss zum Ausdruck. Es dränge sich der Eindruck auf, dass alles, was die Stadt in Richtung Klimaschutz und saubere Mobilität in die Wege leitet, stets kritisiert wird und nichts sei zufriedenstellend. Zielsetzung müsse sein, positive Entwicklungen für Koblenz in Gang zu setzen. Auch Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bestätigt diesen Eindruck der permanenten Kritik im Umweltschuss. Ausschussmitglied Dr. Bernhard hingegen verweist darauf, dass seine Vorschläge in Richtung Klimaschutz etc. stets abgelehnt und insoweit positive Entwicklungen verhindert werden. Die Bestrebungen der Stadt in Richtung Klimaschutz hält er für unzulänglich.

Punkt 4: Wasserschutzgebiet Koblenz-Urmitz - Informationen zum Sachstand Vorlage: UV/0361/2017

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.

Protokoll:

Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verweist auf die Unterrichtungsvorlage sowie auf die als Tischvorlage zusätzlich ausgeteilten Informationsunterlagen.

Ratsmitglied Kalenberg weist auf die durch die geplante Wasserschutzgebietsverordnung sowie die zur Sicherung erlassene vorläufige Anordnung gegebenen nicht unerheblichen Einschränkungen hin. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich das Wasserschutzgebiet in starkem Umfang auf das für Koblenz sehr wichtige Industriegebiet erstreckt. Gewerbe- und Industriebetriebe benötigen verlässliche Entwicklungsmöglichkeiten und Investitionssicherheit. Insoweit fehlen klare und verlässliche Regelungen. Auch der Bestandsschutz und der Befreiungstatbestand, dessen Ausübung im Ermessen der oberen Wasserbehörde steht bietet insoweit kein verlässliches Regelwerk. Ratsmitglied Kalenberg bittet Herrn Oberbürgermeister Prof. Hofmann-Göttig, in Zusammenarbeit mit der IHK und HWK das Gespräch mit der SGD Nord zu suchen.

Der Herr Oberbürgermeister verweist hierzu auf den Konflikt zwischen Trinkwasserschutz und der Entwicklung des für Koblenz sehr wichtigen Industrie- und Gewerbegebietes. Auf der einen Seite sei die Stadt für die Versorgung der Bürger mit sauberem Trinkwasser verantwortlich, auf der anderen Seite liegen der Stadt aber auch die Sorgen der Gewerbetreibenden am Herzen. Die Firma ALERIS habe bereits bei ihm vorgesprochen und darauf verwiesen, dass das Wasserschutzgebiet in der Zukunft eventuell technische Weiterentwicklungen verhindert und insoweit Produktionen eingestellt werden müssten.

Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig teilt mit, dass er die Firma ALERIS gebeten hat, die konkreten Bedenken und die tangierten Vorschriften der geplanten Wasserschutzgebietsverordnung mitzuteilen. Er wird dann in Zusammenarbeit mit der IHK den Kontakt zur SGD suchen und darauf hinwirken, dass eine Klärung der Probleme herbeigeführt wird.

Frau Effenberger verweist darauf, dass sich die eigens für die Begleitung des Verfahrens gegründete Projektgruppe mit der Thematik auseinandersetzen wird. Allerdings liegen die Produktionsstätten der Firma ALERIS seit jeher in einem Wasserschutzgebiet. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die wasserschutzrechtlichen Probleme bisher immer gelöst werden konnten. Frau Meunier von der unteren Wasserbehörde ergänzt, dass die vorgesehenen Rechtsvorschriften inhaltlich geprüft werden. Die sich insoweit ergebenden Fragestellungen und Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge werden der SGD noch vor der Offenlage mitgeteilt. Ergänzend wird noch darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Offenlage auch die Belange der Wirtschaft gewürdigt werden. Durch das Offenlageverfahren wird sichergestellt, dass alle mit der Wasserschutzgebietsausweisung gegebenen Interessen in den Abwägungsprozess eingebunden werden, so dass auch die Stadt Koblenz die Gelegenheit erhält, die aus ihrer Sicht wichtigen Belange in das Verfahren einzubringen.

Ratsmitglied Diehl schlägt vor, dass auch der Stadtrat im Rahmen einer Beschlussvorlage in das Verfahren eingebunden wird.

Der Oberbürgermeister beauftragt das Umweltamt, Kontakt mit dem Amt für Wirtschaftsförderung aufzunehmen und die betroffenen Betriebe entsprechend zu einem Gespräch einzuladen. Die Problemlagen sollen in einem Katalog zusammengestellt und der SGD übermittelt werden.

Nach Ansicht des Oberbürgermeisters müssen Lösungen gesucht werden, um einen Einklang zwischen notwendigem Gewässerschutz und wirtschaftlicher Entwicklung des Koblenzer Industriegebietes weiterhin zu gewährleisten.

Punkt 5: Verschiedenes

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.

Protokoll:

1. Mitteilung der aktuellen NO2-Werte durch das Umweltamt

In der Sitzung des Umweltausschusses vom 22.9.2017 hat Ratsmitglied Diehl namens der CDU-Stadtratsfraktion beantragt, dass der Umweltausschuss in jeder Sitzung über die aktuelle NO2-Belastung in Koblenz informiert wird. Frau Freiberg vom Umweltamt stellt die aktuelle Entwicklung anhand der als Tischvorlagen ausgeteilten 3 Grafiken vor.

2. Themenvorschläge von Ausschussmitglied Dr. Bernhard

Herr Dr. Bernhard bittet darum, dass in den nächsten Umweltausschusssitzungen folgende Themen behandelt werden:

- Entwicklung der Mobilität in Koblenz (soweit der Umweltausschuss nicht zuständig sein sollte bitte Herr Dr. Bernhard darum, dass dem zuständigen Fachbereichsausschuss IV die Werte von Feinstaub- und Stickoxidbelastung mitgeteilt werden).
- Stand der Heizungsmodernisierung bei der Stadtverwaltung Koblenz
- Behandlung des Ratsbeschlusses, nach dem die Stadt keine eigenen Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern installiert.

Der Vorsitzende:



**Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
Oberbürgermeister**

Der Schriftführer:



Michael Haaß